

Bericht zur Großfahndung in der Bundesrepublik nach dem Attentat auf Siegfried Buback

Am 7. April 1977 ermordete ein Terrorkommando der RAF den Generalbundesanwalt Siegfried Buback. In der Bundesrepublik und West-Berlin lief daraufhin eine Großfahndung an. Die Stasi hatte Sorge, dass dadurch einige ihrer Agenten enttarnt werden könnten.

Anfang der siebziger Jahre entstanden in der Bundesrepublik linksterroristische Gruppen, wie die Rote Armee Fraktion (RAF) und die Bewegung 2. Juni. Die Staatssicherheit beobachtete den Linksterrorismus in der Bundesrepublik mit Akribie. Sie sammelte Informationen über die Täter, verfolgte deren Aktivitäten. Sie gehörte damit eigenen Sicherheitsinteressen – und wollte insbesondere ausschließen, dass die RAF auch gegen die DDR oder deren Botschaften und Repräsentanten im Ausland aktiv werden könnte.

Als am 7. April 1977 ein Terrorkommando der RAF den Generalbundesanwalt Siegfried Buback ermordete, lief in der Bundesrepublik und West-Berlin eine Großfahndung an. Die Staatssicherheit hatte Sorge, dass sich die Fahndungsmaßnahmen auf die eigene Arbeit in der Bundesrepublik auswirken könnten.

Im vorliegenden Dokument fasste die Abteilung XXII (Terrorabwehr) die Maßnahmen der westdeutschen Fahnder zusammen und berichtete über eine besondere Sensibilisierung der eigenen Agenten in der Bundesrepublik.

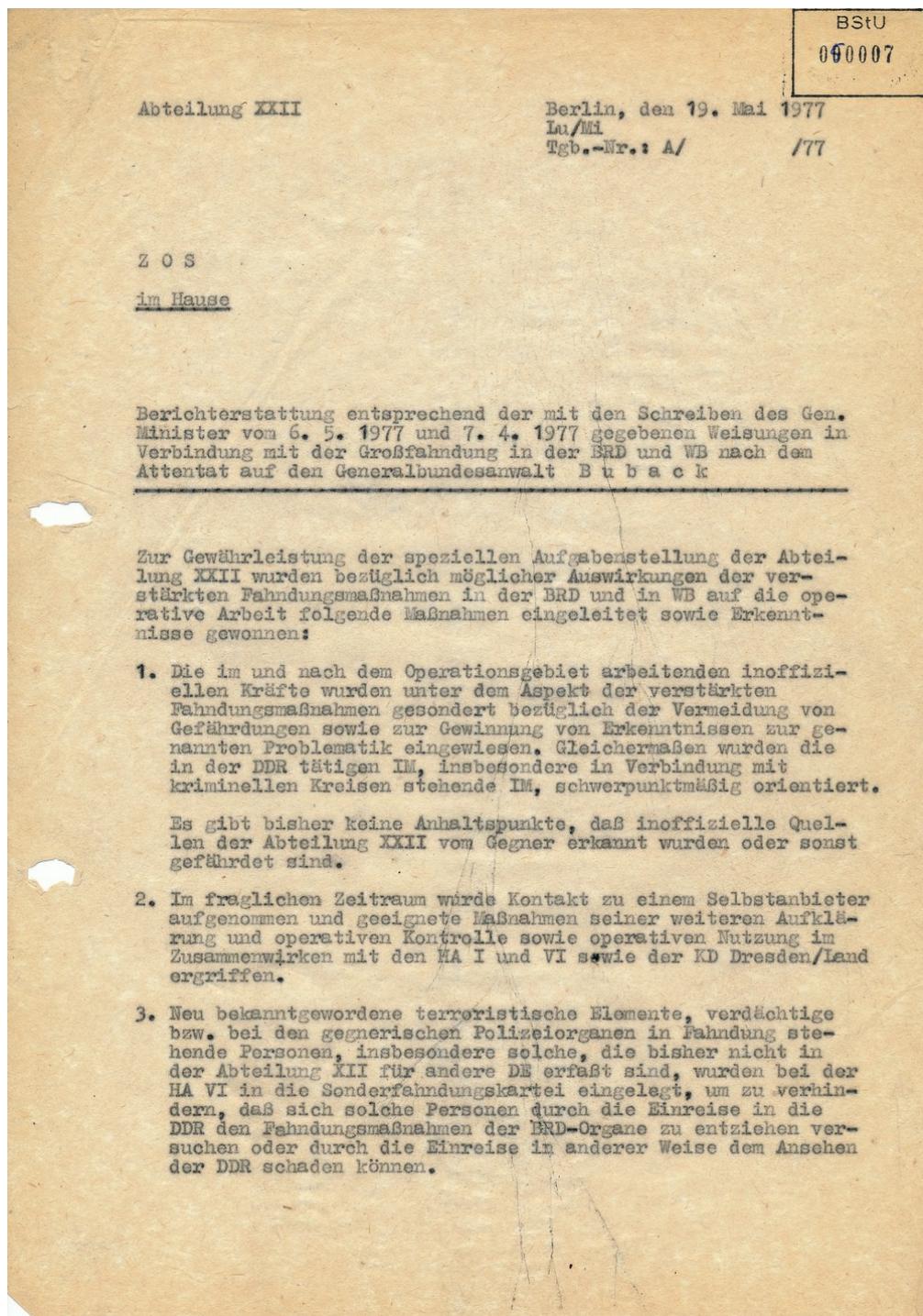
Signatur: BArch, MfS, HA XXII, Nr. 1261, Bd. 4, BL 7-8

Metadaten

Diensteinheit: Abteilung XXII

Datum: 19.5.1977

Bericht zur Großfahndung in der Bundesrepublik nach dem Attentat auf Siegfried Buback



Signatur: BArch, MfS, HA XXII, Nr. 1261, Bd. 4, Bl. 7-8

Blatt 7

Bericht zur Großfahndung in der Bundesrepublik nach dem Attentat auf Siegfried Buback